
Kundgebung und Demonstration

am Freitag, 16. Sept. 2011, von 11:00 bis 15:00 Uhr

in Frankfurt am Main, Lyoner Str. 34,

vor dem Generalkonsulat des Staates Eritrea

Im September 2001 wurden in Eritrea mehr als ein Dutzend hoher Parteiführer, Militärs und Angehörige des Staatsdienstes angeblich wegen „Verbrechen gegen die Souveränität, Sicherheit und Frieden der Nation“ verhaftet. Alle unabhängigen Zeitungen wurden verboten und deren Herausgeber verhaftet. Freie Journalisten werden regelrecht von der Regierung gejagt. Als Resultat sind heute alle freien Journalisten ausgewandert oder befinden sich ohne Kontakte zur Außenwelt in Hochsicherheitsgefängnissen.

Bis heute befinden sich alle politische Gefangenen, die vor zehn Jahren verhaftet wurden, ohne Gerichtsverfahren und ohne Kontakt zur Außenwelt in Hochsicherheitsgefängnissen in Haft. Bis heute gab es keine öffentlichen Anklagen und Verfahren gegen sie. Ihre Verwandten haben kein Besuchsrecht und wissen auch nicht, ob sie noch am Leben sind. Es gibt inoffizielle Berichte, dass über ein Dutzend der im September 2001 verhafteten Politiker, Militärs und Journalisten inzwischen auf Grund mangelnder medizinischer Versorgung und der harten Haftbedingungen gestorben sind.

Mit diesen Verhaftungen beendete die Regierung die nach dem Krieg mit Äthiopien aufgekomenen Diskussionen um die Demokratisierung des Landes. Weder wurde die Verfassung in Kraft gesetzt, noch das versprochene Mehrparteien-System eingeführt und freie demokratische Wahlen durchgeführt. Bis heute ist daher die Herrschaft des Präsidenten Isayas Afeworki weder durch eine Verfassung noch durch frei demokratische Wahlen legitimiert und Eritrea eine brutale, auf Militär und Sicherheitsdienste gestützte Präsidialdiktatur.

Hintergrund:

Eritrea erlangte 1991 nach 30 Jahren Befreiungskampf die Freiheit von äthiopischer Herrschaft und nach einem Referendum 1993 die volle staatliche Souveränität. Der Wunschtraum aller Eritreerinnen und Eritreer, so schien es damals, war erfüllt. Im Befreiungskrieg waren mehrere Hunderttausend gefallen, weitere Hunderttausende erlitten bleibende Verletzungen, fast eine Million waren ins Ausland geflohen.

Mit der Unabhängigkeit hofften alle Eritreer/innen auf einen Staat, der sich international friedlich in die Weltgemeinschaft integrieren, mit seinen Nachbarländern friedliche Beziehung pflegen und mit ihnen durch Kooperation eine für alle förderliche wirtschaftliche Entwicklung anstreben würde.

Mit der Unabhängigkeit gab es Hoffnung auf einen Staat, der die persönliche Entfaltung und Menschenwürde seiner Bürger ermöglichen und ein demokratisches Leben sicherstellen würde. Die Achtung der Menschenwürde und ein demokratisches Wahlsystem waren die minimalen Erwartungen an die teuer errungene Unabhängigkeit.

Heute, 20 Jahre nach dem Ende des Befreiungskrieges, sind alle diese Hoffnungen bitter enttäuscht worden. Eritreas Regierung erwies sich als eine Regierung, die keine interne Opposition duldet, massive Repression gegen vermeintliche politische und religiöse Dissidenten verhängt und schwere Menschenrechtsverletzungen begeht. Heute ist Eritrea hochgradig militarisiert. Die Wirtschaft des Landes stagniert auf niedrigem Niveau. In seiner kurzen Unabhängigkeitsgeschichte hat Eritrea Krieg gegen alle seine Nachbarländer (Sudan, Jemen, Dschibuti, Äthiopien) geführt. Der seit Jahren betriebene Konfrontationskurs gegenüber der Weltgemeinschaft und vor allem gegenüber seinen Nachbarländern hat das Land in eine weitreichende internationale politische Isolation geführt. Wegen seiner Unterstützung der radikalislamischen somalischen Al-Shabab und allgemein seiner den Frieden störenden Rolle am Horn von Afrika verhängten die Vereinten Nationen weitreichende Sanktionen gegen Eritrea.

Für die eritreische Regierung hat der eritreische Bürger nur die Pflicht, seiner Herrschaft zu dienen. Demokratische Rechte wie Meinungsfreiheit, Bildungsfreiheit, Glaubensfreiheit, Reisefreiheit, Pressefreiheit, Unabhängigkeit der Justiz, Einhaltung der gesetzlichen Regeln sind der eritreischen Regierung fremd. Beispiele:

- Die Kriegsversehrten haben 1994 für ihre Rechte friedlich demonstriert. Die Regierung schlug die Demonstrationen brutal nieder. Es kam zu vielen Toten und Verwundeten, zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet.
- Im Mai 2001 hatten ranghohe Regierungsmitglieder, hochrangige Partei- und Militärführer in einem offenen Brief den eritreischen Präsidenten aufgefordert, die Verfassung in Kraft zu setzen. Dies wurde als „Verbrechen gegen die Souveränität, Sicherheit und Frieden der Nation“ bewertet, die Verfasser wurden im September 2001 verhaftet.
- Im September 2001 wurden alle unabhängigen Zeitungen verboten, da sie regierungskritische Interviews geführt hatten. Die Journalisten und Heraus-

geber sitzen noch heute - abgeschnitten von der Außenwelt - im Gewahrsam der Regierung.

- Mehrfach haben Studenten gegen den dauerhaften Nationaldienst protestiert. Diese wurden daraufhin in Transport-Container eingesperrt. Mehrere verloren ihr Leben.

- Seit 1994 herrscht Militärdienstpflicht für alle Eritreerinnen und Eritreer zwischen 18 und 50 Jahre. Der Wehrdienst sollte sich auf 18 Monaten beschränken. Seit 1998 gilt unter dem damals wegen des erneuten Krieges mit Äthiopien verhängten nationalen Notstand eine unbegrenzte Dienstpflicht. Viele der seit 1994 einberufenen Dienstpflichtigen befinden sich seitdem im unbegrenzten Dienst. Sie dienen der Regierung heute vor allem als billige unterbezahlte Zwangsarbeiter für öffentliche Arbeiten und Unternehmen der Staatspartei, der Regierung und des Militärs.

- Eritreer benötigen eine Genehmigung, um innerhalb Eritreas reisen zu dürfen.

- Um Eritrea verlassen zu können, benötigen alle Eritreer ein Ausreisevisum, das für Personen im Alter zwischen 11 und 54 Jahren nur in Ausnahmefällen erteilt wird.

- Junge Eritreer können ihren Schulabschluss und weitergehende Bildungsgänge nur als Teil der nationalen Dienstpflicht absolvieren.

- Eritreische Fachkräfte dürfen ihren Dienst nicht am freien Markt anbieten. Sie dürfen dies nur unter Regierungsgnade tätigen.

Die Liste der Menschenrechtsverletzungen ist lang und vergleichslos. In Eritrea herrscht eine totalitäre Regierung, geführt von einem skrupellosen Diktator. Dies hat zu Hoffnungslosigkeit in der Bevölkerung geführt. Seit 2001 sind mehr als 250.000 Menschen ins Ausland geflohen, um der Unterdrückung und Perspektivlosigkeit in Eritrea zu entgehen. Als Folge dessen ist Eritrea das Land, das im Verhältnis zu seiner Bevölkerung die meisten Flüchtlinge in der Welt hat.

Wir fordern die eritreische Regierung auf,

- unverzüglich alle politischen Gefangenen freizulassen,
- unverzüglich jede Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen zu stoppen und alle Glaubens-Gefangenen freizulassen,
- jedem die Freiheit zu gewährleisten, seine Religion zu wählen und auszuüben,
- die Menschenrechte zu respektieren,
- den unbefristeten Militärdienst unverzüglich zu beenden,
- das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen und alle Kriegsdienstverweigerer freizulassen,
- das Recht auf freie und verantwortungsvolle Berichterstattung zu gewährleisten,
- die Verfassung in Kraft zu setzen und freie und faire Wahlen abzuhalten,
- Besuche von Hilfsorganisation zu ermöglichen, um die

Nahrungsmittelversorgung zu beobachten und gegebenenfalls Hilfe leisten zu können.

Wir appellieren an die Deutsche Regierung,

- eritreischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren,
- die Eintreibung von Steuern und anderen staatlichen Abgaben, die die eritreische Regierung von ihren im Ausland lebenden Staatsangehörigen mit rechtswidrigen Mitteln erhebt, zu unterbinden,
- die Aktivitäten der eritreischen diplomatischen Missionen und der Regierungspartei PFDJ, die auf die Einschüchterung und Indoktrinierung vor allem der jungen Menschen eritreischer Herkunft in Deutschland zielt, genau zu beobachten. Die Tätigkeiten der PFDJ führen - statt zur besseren Integration und zu einem friedlichen Zusammenleben - zur Schaffung einer Parallelgesellschaft, welche langfristig die Demokratie und die freiheitliche Gesellschaft in Deutschland gefährden wird. Sollten sich Hinweise auf die Verfassungswidrigkeit dieser Aktivitäten ergeben, müssen sie unterbunden werden.

Wir appellieren an die Weltgemeinschaft,

- den Sanktionsbeschluss des UN-Sicherheitsrats gegen Eritrea umzusetzen,
- Eritrea und Äthiopien zur Umsetzung des Beschlusses der UN-Grenzkommision zu zwingen, damit sie ihre Konflikte friedlich beilegen und ihre Ressourcen für die Nahrungssicherung und nicht für den Krieg verwendet werden.
- die eritreische Regierung zu zwingen, den Besuch von Hilfsorganisation zu ermöglichen, um eine Hungerskatastrophe zu vermeiden.
- Wir fordern alle Firmen, die mit dem skrupellosen Diktator kooperieren und unter unmenschlichen Bedingungen in Eritreas Bergwerkbetrieben ihren Gewinn erzielen, auf, ihre Ethik gegenüber ihren Aktionären zu erklären.

Veranstalter:

Snitt-Selam Eritreische Gemeinschaft e.V.
Eritreans for Peace Stuttgart
Eritreans for Human Rights Baden-Württemberg
Initiative Eritreischer Frauenverein in Deutschland e.V.
ASPER (Association in Defense of the Human Rights of the Eritrean People)
Mekaleh Eritra
Kunama Civic Society, Germany
United4Eritrea

Unterstützer:

Connection e.V.
Hessischer Flüchtlingsrat
Pro Asyl Deutschland
Aktionskreise Internationalismus Karlsruhe (AKI -Karlsruhe)
Eritreische Oppositionsparteien in Deutschland
Friedensinitiative Main-Taunus